

Per Volksabstimmung zur Langzeit-Diktatur

Nicola Glass
August 2016

In Thailand wurde per Referendum über eine neue Verfassung entschieden. Diese zielt einzig darauf, die Macht der Militärs zu zementieren. Auch das Referendum selbst war weder frei noch fair. Eine Reihe von Bombenattentaten ist ein weiteres Indiz dafür, dass es im Land gärt.

Das offizielle Votum scheint auf den ersten Blick eindeutig: 61,35 Prozent derjenigen, die an dem Referendum vom 7. August teilgenommen hatten, haben für den umstrittenen Verfassungsentwurf gestimmt, während 38,65 Prozent dagegen gestimmt hatten, wie Thailands Wahlkommission am 10. August bekannt gab. Demnach hätten 59,4 Prozent von insgesamt fünfzig Millionen Stimmberechtigten am Referendum teilgenommen. Zuvor hatte es geheißen, die Wahlbeteiligung habe bei nur 55 Prozent gelegen.

Doch im Kern sagt der Ausgang des Referendums wenig über die tatsächliche Stimmung im Land aus. Manche Beobachter mutmaßen, Thailands Wählerschaft habe die Nase voll von den politischen Grabenkämpfen und teils blutigen Konflikten während der letzten Dekade. Parinya Thewanarumitkul, Rechtswissenschaftler an der Thammasat Universität in Bangkok erklärte laut »The Nation«, das Ergebnis sei offenbar ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung der politischen Unruhen wie jenen vor dem Putsch 2014 überdrüssig sei. »Die Wähler haben genug von Interessenkonflikten und einer Demokratie voller Konflikte«, zitierte ihn die Zeitung. Andere

Beobachter wurden weitaus deutlicher: Das Resultat zeige, dass die Bevölkerung die Militärregierung akzeptiert habe.

Weder frei noch fair

Kritiker sehen das völlig anders. Allein die Bedingungen, unter denen die Volksabstimmung stattfand, waren weder frei noch fair. Seit dem Putsch vom 22. Mai 2014 werden diejenigen verfolgt, interniert und angeklagt, die der Junta die Stirn bieten. Das war auch in Zusammenhang mit dem Referendum der Fall: Wer sich im Klima der Repressionen hervorwagte, den umstrittenen Entwurf kritisierte oder zu »Vote No«-Kampagnen aufrief, muss mit bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen. Nach Angaben der Asian Human Rights Commission in Hongkong wurden bis Anfang August mindestens 195 Personen, allen voran studentische Aktivistinnen und Aktivisten, strafrechtlich belangt, weil sie sich öffentlich gegen den Verfassungsentwurf ausgesprochen hatten.

Dass die Junta ausgewogene Debatten und kritische Stimmen im Keim erstickte, dürfte we-



sentlich dazu beigetragen haben, dass vielen Wählerinnen und Wählern die Details der Verfassung, die nun Thailands zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 ist, unbekannt waren. Im Gegensatz zum Referendum vom August 2007, als jeder thailändische Haushalt eine Kopie des Entwurfs erhalten hatte, wurden dieses Mal vergleichsweise wenige Exemplare verbreitet. Dafür ließ die Wahlkommission um so mehr Flugblätter verteilen, auf denen der umstrittene Inhalt lediglich angerissen wurde. Wie ein Mantra wurde dem Wahlvolk stattdessen eingebläut, die neue Verfassung diene vor allem dazu, die Korruption auszumerzen und das Land unter einer von der Junta vorgegebenen, 20-jährigen »Roadmap« zu reformieren; wobei einzig und allein das konservative, ultra-royalistische Establishment aus aktiven und ehemaligen Militärs, Technokraten und Bürokraten definiert, was unter »Reformen« zu verstehen ist.

Im Klartext: Die neue Verfassung ist alles andere als demokratisch. Stattdessen legt sie den Grundstein für eine Verlängerung der Militärherrschaft durch die Hintertür. Der 250-köpfige Senat wird während der ersten fünf Jahre komplett von der Junta ernannt. Er kann Gesetze und Verfassungsänderungen blockieren und auf diese Weise jede gewählte Regierung und jedes Parlament lahmlegen. Hinzu kommt, dass gewählte Politiker mehr denn je der Kontrolle einer Justiz unterstellt werden sollen, deren Entscheidungen sich in den vergangenen Jahren wiederholt als parteiisch erwiesen haben.

*Am Morgen nach dem Putsch riegeln Soldaten das Gebiet um das Demokratie-denkmal ab
© Holger Grafen*

Die Armee zementiert ihre Macht

Kritiker sehen in dieser »Demokratie a la Thai-Style«, in der Wahlen zur Farce geraten und die Macht einzelner, großer Parteien gebrochen werden soll, nichts weiter als ein »autoritäres Regime im konstitutionellen Gewand«, das keineswegs den tatsächlichen Wählerwillen repräsentiert. Die Senatoren würden von der Junta dazu benutzt, eine neue Regierung zu kontrollieren, moniert zudem die Asian Human Rights Commission. Alle Regularien zielen insbesondere auf das politische Lager des Populisten und einstigen Premierministers Thaksin Shinawatra, der im September 2006 von der Armee gestürzt worden war. Thaksin, dessen Parteien unter verschiedenen Namen alle Parlamentswahlen seit 2001 gewonnen hatten, wusste vor allem die ärmeren Wählerschichten aus dem Norden und Nordosten hinter sich.

Die Mehrheit derjenigen, die am Referendum teilgenommen hatten, stimmte zudem der verworren formulierten Frage zu, ob der Senat gemeinsam mit den gewählten Parlamentariern berechtigt sein soll, den Premierminister zu bestimmen. Letzterer bräuchte nicht einmal Abgeordneter zu sein, was auf einen nicht vom Volk legitimierten Regierungschef hinauslaufen dürfte. Die Hinweise verdichten sich, dass entweder Juntachef und Premierminister Prayuth Chan-ocha weiter im Amt bleiben werde oder dieses an seinen Mentor gehen könnte, an Vize-

Premier und Verteidigungsminister Prawit Wongsuwan. In ihrer Ausgabe vom 18. August zitierte die »Bangkok Post« Prayuth mit den Worten: »Falls sie keine gute Person finden können, können sie mit mir darüber sprechen.«

Derweil ist das junta-nahe Komitee, das den Verfassungsentwurf geschrieben hat, damit beschäftigt, sogenannte »organische Gesetze« zu formulieren, die im Nachhinein detailliert festlegen sollen, wie ein neuer Premierminister bestimmt wird. Für die Asian Human Rights Commission sind dies alles höchst beunruhigende Zeichen angesichts der Tatsache, dass sich die Menschenrechte seit dem Militärputsch im freien Fall befinden.

Die Gegner des Verfassungsentwurfs waren sich indes uneins darüber, wie sie mit dem Resultat des Referendums im Besonderen und mit der Volksabstimmung im Allgemeinen umgehen sollten. Die Aktivistin Jittra Cotchadet und ihre Mitstreiter und Mitstreiterinnen weigerten sich, sowohl das Referendum als auch dessen Ausgang anzuerkennen: Die Volksabstimmung sei weder frei noch fair gewesen und habe schon deswegen keine Legitimität, weil auch das Militärregime illegitim sei, das zur Abstimmung aufgerufen habe, zitierte das Onlineportal »Khao-sod English« die Gruppe.

Andere wiederum, die mit »Nein« votierten, erklärten, sie akzeptierten das Ergebnis, wiederholten aber ihre Kritik: »Ich bin traurig, dass unser Land zu einer undemokratischen Verfassung zurückgeht«, betonte Ex-Premierministerin Yingluck Shinawatra. Die Schwester Thaksins war Anfang Mai 2014 mit neun weiteren Kabinettsmitgliedern wegen angeblichen Amtsmissbrauchs vom Verfassungsgericht ihres Postens enthoben worden. Nur zwei Wochen nach diesem politisch motivierten Urteil stürzte das Militär den Rest ihrer Regierung. Yingluck zeigte sich wenig überrascht über das Resultat, da ausgewogene Debatten und ein fairer Wahlkampf im Vorfeld verboten waren.

Für die einstige Regierungspartei »Puea Thai« (Für Thais), die durch den Putsch vor über zwei Jahren aus dem Amt gehievt worden war, gilt offenbar als ausgemacht, dass viele Wähler sich deswegen für die umstrittene Verfassung entschieden hatten, weil sie möglichst bald auf Par-



lamentswahlen hofften. Diese hat Juntachef Prayuth Chan-ocha für 2017 in Aussicht gestellt. Nattawut Saikua, einer der führenden Köpfe der »Rothemden«, die in weiten Teilen Unterstützer Thaksins und Yinglucks sind, gab sich überzeugt, dass die neue Verfassung eine weitere Runde des seit mehr als zehn Jahren währenden Konflikts mit sich bringen werde.

Thailand gesellschaftliche Spaltung wird sich vertiefen

Angesichts der Tatsache, dass mit der Junta und ihren Verbündeten eine vergleichsweise kleine, demokratisch nicht legitimierte Elite die politische Kontrolle behält, wird sich die gesellschaftliche Spaltung Thailands noch weiter vertiefen. All das geschieht zu einer Zeit, in der sich die Regentschaft des greisen, schwer kranken Königs Bhumibol Adulyadej dem Ende zuneigt. Sein Sohn und designerter Nachfolger, Kronprinz Maha Vajiralongkorn, genießt indes nicht annähernd die Verehrung, die viele Menschen seinem Vater entgegenbringen. Selbst Royalisten erachten den Lebemann und Playboy Vajiralongkorn für unwürdig, einst den Thron zu besteigen.

Die heikle Nachfolgefrage sei der wesentliche Grund für den Putsch gewesen, argumentieren eine Reihe von Beobachtern. Die Armee, die sich damit brüstet, ultimative Beschützerin der Monarchie zu sein, legitimiert Staatsstriche in des Königs Namen und wendet das drakonische, ohnehin seit Jahren politisch missbrauchte Gesetz gegen Majestätsbeleidigung (Lese Majeste) drastischer an als es je zuvor geschehen ist. Fakt ist, dass die Junta und alle weiteren Vertreter des alten Feudalsystems, die demokratische Wahlentscheidungen als Zumutung empfinden, aus diesem angeblichen Schutz des Königshauses nur ihren eigenen Machtanspruch ableiten. Sollte der

*Demo gegen das Militärregime und für Demokratie in Thailand, Bonn, 18. Juni 2016
© Manuel Navarrete Torres*



*Demo gegen das Militärregime und für Demokratie in Thailand, Bonn, 18. Juni 2016
© Manuel Navarrete Torres*

wenig populäre Kronprinz den Thron besteigen, könnte dieses aus Gier nach Macht, Pfründen und Privilegien zusammen gehaltene Netzwerk erschüttert werden. Daher hätten führende Militärs sicherstellen wollen, dass sie in diesen politisch heiklen Zeiten die Kontrolle behalten.

Andere Experten sind der Auffassung, die Thronfolge sei keine Erklärung für die diktatorischen Verhältnisse. Der König sei bereits seit Jahren so alt und gebrechlich, dass er sich keinen öffentlichen Pflichten mehr widmen könne, so der Aktivist und frühere Politikwissenschaftler der Chulalongkorn-Universität, Giles Ji Ungpakorn, in seinem Blog »Ugly Truth Thailand«. Prayuths Militärjunta habe sich nicht einmal die Mühe gemacht, sich an die Inszenierungen vergangener Zeiten zu halten, in denen man »Befehle entgegennimmt« oder sich mit dem König berät. Heutzutage würden diejenigen, die den »Generalissimo Prayuth« kritisierten, wegen Gesetzesbruchs angeklagt, ganz so, als ob der Juntachef selbst der Monarch sei. Die wahre Macht, die hinter dem Thron lauere, sei das Militär, gemeinsam mit der Geschäftselite und den Topbürokraten des Landes.

Thailands Junta dürfte sich nun damit brüsten, dass ihr das Referendum Legitimität verliehen habe. Doch nur wenige Tage danach wurde den Militärs erneut vor Augen geführt, dass es im Land gärt. Am Vorabend der Feierlichkeiten zum 84. Geburtstag von Königin Sirikit sowie am 12. August selbst detonierten in mehreren südlichen Provinzen mindestens elf Sprengsätze. Vier Menschen wurden getötet, Dutzende weitere verletzt. Die Polizei machte bereits kurz danach eine Verbindung zwischen Volksabstim-

mung und Bombenanschlägen aus: Diese seien in Provinzen verübt worden, in denen die Menschen mehrheitlich für die umstrittene Verfassung gestimmt hätten.

Bislang hat sich niemand zu den gezielt in Urlaubsregionen verübten Anschlägen bekannt. Zwar behauptete die Polizei, sie wisse, wer dahinter stecke, nannte aber keine Details. Im Widerspruch dazu steht, dass die Ermittler, ähnlich wie bei dem verheerenden Bombenanschlag auf den »Erawan«-Schrein im August 2015, auch dieses Mal eine Belohnung aussetzten für Informationen, die zur Ergreifung der mutmaßlichen Täter führen sollen. Diese Ankündigung sorgte besonders in den sozialen Netzwerken für Spott: Denn im Fall »Erawan« hatte sich die Polizei die Belohnung selbst in die Taschen gesteckt – wegen ihrer angeblich hervorragenden Ermittlungsarbeit, in deren Folge zwei Angehörige der chinesischen Uiguren-Minderheit verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt wurden.

Indes müssen die Familien der Toten und die Verletzten weiter darauf warten, dass die Hintermänner jenes Anschlags, durch den damals 20 Menschen getötet und mehr als 120 verletzt wurden, zur Rechenschaft gezogen werden. Auch damals hatten die Ermittler die Möglichkeit eines Terroranschlags bestritten. Vielmehr sei das Attentat auf den »Erawan«-Schrein die Reaktion einer Menschenhändler-Bande gewesen, gegen deren kriminelle Machenschaften Thailands Sicherheitskräfte vorgegangen seien. Einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und dem Umstand, dass Thailand zuvor mehr als 100 asylsuchende Uiguren nach China abgeschoben hatte, wiesen die Behörden zurück.

Junta zielt auf politische Gegner

Das Militär, das den Putsch hauptsächlich damit gerechtfertigt hatte, wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen, wird durch die jüngsten Bombenattacken einmal mehr vorgeführt. Diktator Prayuth sprach davon, »dass das Böse aus der Gesellschaft getilgt« werden müsse und die Bombenleger Chaos und Verwirrung stiften wollten. Junta-nahe Kreise wännen Gruppen, »die an politischer Macht verloren



hätten«, hinter den Attacken. Dies ist ein wenig verbrämter Fingerzeig auf die Anhänger Thaksins und Yinglucks, allen voran die Rothemden. Es wird zunehmend deutlich, dass das Regime die Anschläge dazu benutzt, um eine neue Runde der Repressionen gegen die Opposition einzuläuten.

Während das Militär kürzlich angab, man habe fünfzehn, zumeist ältere Angehörige und Unterstützer der Rothemden festgenommen, vermuten Kritiker, dass die Anzahl der Internierten viel höher ist. Die Betroffenen waren von der Armee zunächst als Verdächtige in der Anschlagserie benannt worden. Nur einen Tag später wurden die Vorwürfe fallen gelassen; stattdessen wurden sie nun beschuldigt, ein illegales Netzwerk gebildet zu haben, um das Militärregime zu stürzen. Aus Ermittlerkreisen hieß es, die Verdächtigen gehörten einer bis dato unbekanntem »roten« Splittergruppe namens »Revolutionäre Front der Demokratie« an.

Die Rothemden, die zusammen mit weiteren Regimekritikern bereits seit dem Putsch verfolgt, bedroht und interniert werden, wiesen alle Vorwürfe zurück: Mutwillig Chaos zu verursachen würde der Junta einen Vorwand dafür liefern, noch länger die Kontrolle zu behalten. Das sei kein Weg, um die Probleme des Landes zu lösen, so die Rothemden in einer Stellungnahme. »Man beschuldigt uns der Gewalttaten ohne jeden Beweis oder Behauptungen, die diese Vorwürfe stützen.«

Ungelöster Konflikt im Süden

Stattdessen muslimische Rebellen aus den Südpfeilprovinzen Yala, Pattani und Narathiwat als mutmaßliche Täter in Betracht zu ziehen, hatten die Ermittler zunächst von sich gewiesen. Gleichwohl räumt die Polizei ein, dass einige der Bomben denen ähnelten, die bisher bei Anschlägen im Süden verwendet wurden. Offensichtlich aus Sorge darum, dass der Tourismus, der zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen des Landes gehört, weiteren Schaden nehmen könnte, beteuerte die Polizei, es gebe in Thailand keinen Terrorismus. Stattdessen handele es sich um »örtliche Sabotage«. Später erklärte Juntachef Prayuth, man beschuldige keine bestimmte Gruppierung, die Ermittler bräuchten mehr Zeit, um Licht ins Dunkel zu bringen. Erst am 22. August, zehn Tage nach den Anschlägen, erklärten die Behörden, es gebe erstmals klare Hinweise darauf, dass muslimische Rebellen die Täter sein könnten. Polizeichef Chakthip Chaijinda sagte laut »Bangkok Post«, eine Gruppe von mehr als 20 Personen, die meisten davon aus dem tiefen Süden, stecke hinter den koordinierten Attacken.

Unabhängige Analysten hatten bereits zuvor erklärt, dass Indizien auf muslimische Separatisten deuteten, die im tiefen Süden Thailands nahe der Grenze zu Malaysia für Unabhängigkeit vom buddhistischen Zentralstaat kämpfen. Für die Anschläge waren vergleichsweise

*Demo gegen das Militärregime und für Demokratie in Thailand, Bonn, 18. Juni 2016
© Manuel Navarrete Torres*

kleine, improvisierte Sprengsätze benutzt worden, die mit in Malaysia gekauften Mobiltelefonen gezündet wurden. Konkret benannten Experten die Rebellengruppe »Barisan Revolusi Nasional« (BRN). Die »Nationale Revolutionäre Front« wolle die Junta dazu zwingen, ihre Forderungen anzuerkennen und einen wirkungsvollen Friedensdialog zu starten, so der Sicherheitsanalyst Anthony Davis kürzlich im »Club der Auslandskorrespondenten« (FCCT) in Bangkok. Gebe es keine Fortschritte, könnte es neue Anschläge geben. Die Expertin Rungrawee Chalermripinyorat sprach im FCCT ebenfalls von einem »Weckruf«.

In der Vergangenheit hatten die muslimischen Rebellen ihre Attacken meistens auf die Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat beschränkt. Ausnahmen gab es immer wieder: Neben Anschlägen in der Provinz Songkhla werden den Aufständischen ein fehlgeschlagenes Autobombenattentat nahe einer Polizeistation in Phuket

Ende 2013 ebenso zugerechnet wie eine Bombenattacke im Parkhaus eines Einkaufszentrums auf der Ferieninsel Koh Samui im April 2015. Es sei daher falsch anzunehmen, die BRN habe niemals zuvor touristische Ziele im Visier gehabt, so Rungrawee Chalermripinyorat.

Thailands Militärjunta müsste sich eingestehen, dass sie den Dauerkonflikt in den drei muslimisch dominierten Südpfeilen nicht unter Kontrolle bekommt. Dort hatte die Bevölkerung übrigens mehrheitlich gegen die umstrittene Verfassung gestimmt, und das wohl nicht nur, weil darin der Buddhismus als bevorzugte Religion festgeschrieben ist. Unter wechselnden Zentralregierungen in Bangkok sind in diesem Konflikt seit Anfang 2004 mehr als 6.500 Menschen getötet worden, vor allem buddhistische und muslimische Zivilisten. Ein Ende der Gewalt und ein dauerhafter Friede dürften auch für die Zukunft nicht in Sicht sein, zumal das Militärregime an der Macht bleiben wird. ■

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



sowie
Brot für die Welt -
Evangelischer Entwicklungsdienst

Über die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin. Sie hat mehr als dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Im Herbst 2015 ist sie nach Europa zurückgekehrt.

Impressum

Vi.S.d.P.: Monika Schlicher | Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221-71 61 21-0
Email: asienhaus@asienhaus.de
Web: www.asienhaus.de
Gesamtausstattung:
Klartext Medienwerkstatt GmbH
(www.k-mw.de)